

Nr. 293 | 17.05.2022

Polen-Analysen

Verteidigung und Sicherheit

■ ANALYSE	
Die Reform des polnischen Verteidigungsgesetzes und die öffentliche Meinung	2
Jens Boysen, Collegium Civitas, Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Die Armee marschiert auf dem Bauch	7
Ein Gespräch mit General Mirostaw Rózański	
■ UMFragen	
Umfragen zur Sicherheit und Verteidigung des Landes	9
<hr/>	
■ CHRONIK	
10. – 16. Mai 2022	13

Die Reform des polnischen Verteidigungsgesetzes und die öffentliche Meinung

Jens Boysen, Collegium Civitas, Warschau

DOI: 10.31205/PA.293.01

Zusammenfassung

In Polen wurde die vom russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin betriebene Revisionspolitik samt den damit verbundenen konkreten Bedrohungen besonders für den mittel- und osteuropäischen Raum seit vielen Jahren beobachtet, was eine Politik der militärischen und wirtschaftlichen Absicherung gegenüber Russland zur Folge hatte. In diesem Zusammenhang wurden wiederholt Reformen der Verteidigungspolitik und eine Modernisierung der Armee diskutiert. Diese Überlegungen wurden angesichts der akuten Gefahrenlage in der Ukraine Ende 2021 beschleunigt und führten im März 2022 zur Verabschiedung eines neuen »Gesetzes über die Verteidigung des Vaterlandes«. Es soll die personellen und materiellen Ressourcen der Armee effizienter nutzen und insbesondere durch ein komplexes Anreizsystem neue Soldaten gewinnen. Hauptziel ist eine gegenüber dem Ist-Zustand deutlich vergrößerte und modernere Streitmacht, die die nationale Sicherheit Polens im Zusammenwirken mit den NATO-Verbündeten auch im 21. Jahrhundert gewährleisten kann. Die Regierung kann sich dabei auf einen weitgehenden nationalen Konsens im Parlament und in der Bevölkerung stützen.

Militärpolitischer Hintergrund

Der am 24. Februar 2022 begonnene russische Angriff auf die Ukraine hat in Europa, insbesondere aber in den nahe dem Kriegsschauplatz gelegenen Staaten in Nord-, Ostmittel- und Südosteuropa die Bedrohungswahrnehmung massiv verschärft. In jedem dieser Länder verbindet sich dabei die spezifische historische Erfahrung aus dem Kalten Krieg als ehemalige Sowjetrepublik, ehemaliger sowjetischer Satellit oder nichtkommunistischer (und oft neutraler) Anrainerstaat mit den aktuellen Sicherheitsinteressen. Dadurch erklärt sich auch in hohem Maße, dass es neben den baltischen Staaten vor allem Polen war, das schon seit Jahren vor der jetzt eskalierten russischen Revisionspolitik gewarnt hatte: Nach dem Ende der als »Verrat von Jalta« bezeichneten Teilung Europas und seiner Zugehörigkeit zum sowjetischen Machtbereich verfolgte Polen nach 1990 neben seinen eigenen Beitrittsbestrebungen bezüglich EU und NATO durchgängig eine Politik der dauerhaften De-Imperialisierung Russlands. Damit knüpfte es implizit an das Konzept des Prometheus aus der Zwischenkriegszeit an, dessen Ziel die weitgehende Schwächung der sowjetischen Position in Osteuropa gewesen war. Zentrales Element dieser Politik – in der auch Polens eigene hegemoniale Ziele zum Ausdruck kamen – waren möglichst enge Beziehungen zu den meisten anderen nach 1918 entstandenen Staaten in Mittel- und Osteuropa. Im Innern wurde dies freilich seit 1926 vom Aufbau einer faktischen Militärdiktatur begleitet.

Während des Kalten Krieges war die polnische Militärpolitik vollständig der sowjetischen Planung unter-

geordnet. Nach der Auflösung des Warschauer Pakts 1991 blieb Polen zunächst ohne Bündnis; seine Bestrebungen für eine Mitgliedschaft in der NATO erforderten wie in anderen postkommunistischen Ländern erhebliche Anpassungsleistungen nicht nur in organisatorisch-technischer, sondern auch in normativer Hinsicht, da das demokratische Verständnis zivil-militärischer Beziehungen den autoritär geprägten Armeeführungen erst vermittelt werden musste. 1999 konnte Polen dann gemeinsam mit Tschechien und Ungarn der Allianz beitreten. Die Mitgliedschaft wird seitdem, wie seit 2004 auch diejenige in der EU, von einer stabilen öffentlichen Zustimmung getragen. Wie angeführt, verfolgt Polen in diesem Zusammenhang eine Politik der Stärkung der postsowjetischen Staaten als einer antirussischen Barriere. Seit dem Übergang von Belarus unter Präsident Alexander Lukaschenko auf die Seite des neoimperialen Programms Putins lag der Schwerpunkt der polnischen Bemühungen auf der Ukraine als dem größten nichtrussischen Nachfolgestaat der Sowjetunion – ohne dessen Kontrolle Russland in Osteuropa keine imperiale Stellung einnehmen kann – sowie auf Georgien. Bereits 2006 votierte Polen erfolglos für einen NATO-Beitritt dieser beiden Länder, und seit dem russisch-georgischen Krieg 2008 warnte die polnische Diplomatie praktisch pausenlos die Verbündeten vor den weitergehenden Plänen Putins für eine Revision der postsowjetischen Ordnung, wie sie dann 2014 (Annexion der Krim und des Donbass durch Russland) partiell und jetzt 2022 vollständig sichtbar geworden sind.

Dabei standen und stehen die USA und die NATO stets eindeutig im Mittelpunkt des polnischen Sicherheitsdenkens, da nur sie als militärisch und politisch zuverlässige Sicherheitsgaranten erachtet werden. Davon ausgehend war in Polen die Vorstellung, die EU könne die NATO in dieser Hinsicht wesentlich ergänzen oder gar ersetzen (»strategische Autonomie«), niemals sonderlich populär. Zwar trägt Polen die relativ junge Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU mit, dies aber vor allem hinsichtlich einer besseren Zusammenarbeit bei der militärischen Forschung und Beschaffung. Alle strategischen Aspekte will man weiterhin nur in enger Abstimmung mit den USA behandelt sehen; auch diese Haltung sieht sich durch die aktuelle Reaktion des Westens auf die russische Aggression grundsätzlich bestätigt.

In der polnischen Gesellschaft setzte sich nach 1990 eine aus den vorangegangenen Regimen tradierte »unpolitische« Wertschätzung für das Militär fort, die dessen autoritäre Vergangenheit und systemtragende Rolle im Kommunismus nicht thematisiert. Auch irgendeine Form von »Innerer Führung« wird, wie in den meisten Ländern, nicht für notwendig erachtet, da durch die Verfassung von 1997 die demokratische zivile Kontrolle über die Armee gesichert ist und tendenziell das Modell der »objektiven Kontrolle« (nach Samuel Huntington) Anwendung findet, das der Armee bei klarer Unterordnung unter die Regierung eine relativ hohe interne Autonomie einräumt. Überdies stärkt es die Position der Armee bzw. des Ministeriums für Nationale Verteidigung (*Ministerstwo Obrony Narodowej – MON*), dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Dritten Republik zu den Politikfeldern mit dem höchsten Konsensgrad unter den ansonsten sehr debattenfreudigen Parteien und in der Bevölkerung allgemein zählt. Als notwendig erachtete sicherheitspolitische Maßnahmen werden in der Regel nur hinsichtlich technischer oder finanzieller Details, nicht aber im Grundsatz debattiert. So wurde unter anderem bereits im August 2015 – also noch unter der Vorgängerregierung aus Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) und Polnischer Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) – der von der NATO empfohlene Anteil der Verteidigungsausgaben von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im novellierten »Gesetz über den Umbau und die Modernisierung der Streitkräfte« festgeschrieben. Hintergrund dieser weitgehenden Geschlossenheit sind einerseits das allgemein anerkannte Prinzip der Erhaltung der physischen und politischen Integrität und Souveränität der Nation als oberstes Ziel der Politik und andererseits ein – im politiktheoretischen Sinne – realistisches, d. h. ggf. auch auf Abschreckung setzendes Verständnis der internationalen Beziehungen, das sich im 21. Jahrhundert besonders durch das russische Vorgehen immer wieder bestätigt sah.

Trotz dieser positiven Grundeinstellung hatte aber die polnische Armee ähnlich wie in anderen Ländern nach der Suspendierung der Wehrpflicht im Jahre 2009 Mühe damit, genügend Personal für die Truppe zu finden. Die Risiken von Auslandseinsätzen, eine vergleichsweise geringe Bezahlung und attraktivere zivile Berufsalternativen ließen auch die patriotisch erzogenen Polen meistens andere Karrierewege einschlagen. Als ergänzende Maßnahme wurden daher 2010 die Nationalen Reservekräfte (*Narodowe Siły Rezerwowe – NSR*) gegründet. Sie bestehen aus Reservisten, die sich zur weiteren aktiven Zusammenarbeit mit der Armee verpflichtet haben und besonders dafür bereitstehen, im Bedarfsfall aktive Soldaten zu »spiegeln«, d. h. zeitweise zu ersetzen. 2017 wurden außerdem als fünfte reguläre Teilstreitkraft die *Truppen der Territorialverteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej – WOT)* aufgestellt, die sich aus regelmäßig wehrübenden Zivilisten zusammensetzen und im Kriegsfall die regulären Truppen unterstützen sollen.

Der Weg zur Reform des Verteidigungsgesetzes

Die Militärgesetzgebung Polens, deren Kern das mehrfach novellierte »Gesetz über die allgemeine Pflicht zur Verteidigung der Polnischen [Volks-]Republik« von 1967 war, wurde verstärkt nach der Regierungsübernahme durch die Koalition der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) Ende 2015 hinsichtlich ihrer Rolle für die Schlagkraft und Effizienz der Armee diskutiert. Hintergrund war die in Polen sehr ernst genommene russische Besetzung der Krim und des Donbass im Jahr zuvor. Eine Armeereform sollte das Gegenstück zu den von Polen betriebenen sicherheitspolitischen Initiativen bilden, die sich besonders während des Warschauer NATO-Gipfels im Juli 2016 in einer Stärkung der östlichen Flanke des Bündnisses durch Truppenstationierungen in den baltischen Staaten, Polen und Rumänien niederschlug. Zugleich unterstützte Polen die Ukraine politisch und suchte nach Wegen zu einer Reduzierung der eigenen und allgemein der europäischen Energieabhängigkeit von Russland. Dazu gehörte wesentlich die fortgesetzte Agitation gegen die deutsche Mitwirkung beim Bau der Erdgasleitung Nord Stream II.

Angesichts der wachsenden russischen Drohkulisse gegenüber der Ukraine – und ebenso der damals von Belarus betriebenen Destabilisierungsaktion an der polnischen Grenze – unternahm die polnische Regierung im Herbst 2021 konkrete Schritte hin zu der besagten Reformierung der Militärpolitik, die Polens Abwehrfähigkeit gegenüber einer eventuellen russischen Aggression stärken sollte. Als Kernmaßnahme präsentierten Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak und der für Sicherheitsfragen zuständige stellvertretende Ministerpräsident Jarosław Kaczyński am 26. Oktober 2021

den Entwurf eines neuen »Gesetzes über die Verteidigung des Vaterlandes«. Am 22. Februar 2022 nahm der Ministerrat, also das Regierungskabinett, den Entwurf an. Am 11. März 2022 wurde das Gesetz schließlich vom Sejm fast einstimmig – 450 Jastimmen ohne Gegenstimme, fünf Enthaltungen der Abgeordneten der Rechtspartei Konföderation (*Konfederacja*) – verabschiedet und trat am 23. April 2022 in Kraft. Seine konstitutionelle Grundlage bildet Artikel 85 der polnischen Verfassung von 1997, dessen erster Absatz jeden »polnischen Bürger« – womit grundsätzlich auch die weiblichen Staatsangehörigen gemeint sind – zur »Verteidigung des Vaterlandes« verpflichtet, was etwa im Vergleich zu Deutschland eine bedeutend weitere und stärkere Pflichtstellung der Bürger gegenüber dem Staat bedeutet, mit nur wenigen begründeten Ausnahmen. Das neue, 248 Seiten umfassende Gesetz verfolgt vor allem zwei Ziele: zum einen eine erhöhte Effizienz und Rechtssicherheit durch die Bündelung bzw. Ersetzung der bestehenden fragmentierten Militärgesetzgebung, deren ältester Bestandteil das Gesetz von 1967 war, und zum anderen die Schaffung eines den aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Anreizsystems für die Gewinnung neuer Militärangehöriger. Dies soll ermöglichen, die Polnische Armee von derzeit ca. 110.000 regulären Soldaten und 32.000 *WOT*-Angehörigen auf eine Sollstärke von 300.000 Mann zu bringen (250.000 reguläre und 50.000 in den *WOT*-Truppen).

Für dieses ehrgeizige Ziel – das übertragen auf Deutschland einer Bundeswehr mit einer Stärke von fast 650.000 Mann entspräche – soll der schon jetzt beträchtliche Wehretat weiter erhöht werden, auf 2,2 Prozent des BIP noch im laufenden Jahr und ab 2023 auf mindestens drei Prozent des BIP. Dieser finanzielle Bedarf entsteht dadurch, dass neben deutlich höheren Bezügen für Berufssoldaten und freiwillig Wehrdienstleistende sowie verbesserten nichtfinanziellen Leistungen (etwa bei der Gesundheitsfürsorge) vor allem auch die Ausrüstung der Armee generell modernisiert werden soll, angefangen von der persönlichen Ausstattung der Soldaten bis hin zu schwerem Gerät. Der Planungsrahmen für die technische Modernisierung einschließlich der Beschaffungsplanung wird auf 15 Jahre ausgerichtet und soll alle vier Jahre aktualisiert werden.

Solche Maßnahmen sind in ähnlicher Form in den letzten Jahren auch von der Bundeswehr ergriffen worden, die seit 2011 mit den gleichen Personalproblemen zu kämpfen hat. Die allgemeine Wehrpflicht bleibt auch in Polen suspendiert, jedoch werden jetzt neben der klassischen Berufssoldatenlaufbahn verschiedene Möglichkeiten geschaffen, in der Armee mitzuwirken. Konkrete Beispiele für solche Analogien sind

- ein freiwilliger Wehrdienst, der den Absolventen (und Absolventinnen), sofern sie sich dazu entschließen, bei der Truppe zu bleiben, alle militärischen Laufbahnen eröffnet. Er setzt sich im polnischen Fall aus 28 Tagen Grundausbildung und einer elfmonatigen Spezialausbildung zusammen;
- leichtere Aufstiegsmöglichkeiten von den Mannschafts- und Unteroffiziersgraden zu den Offiziersgraden;
- die Bildung einer vereidigten aktiven sowie einer nicht vereidigten passiven Reserve;
- der weitere Ausbau der Territorialstreitkräfte in ähnlicher Form wie bei den deutschen Landes- bzw. Heimatschutzregimentern;
- die Bildung von Truppen für die Verteidigung des Cyberraums (*Wojska Obrony Cyberprzestrzeni*) als neuer Teilstreitkraft.

Als Mittel zur Gewinnung hochqualifizierten Nachwuchses wird das Verteidigungsministerium Stipendien für Studenten und Studentinnen ziviler Hochschulen gewähren, die an den militärischen Hochschulen nicht vertretene Fächer studieren, welche aber gleichwohl für die Armee von Interesse sind (z. B. cyberrelevante Fähigkeiten). Interessierte Abiturienten schließen mit dem *MON* einen Vertrag, absolvieren wie die freiwillig Wehrdienstleistenden eine 28-tägige Grundausbildung und nehmen danach regelmäßig an Wehrübungen teil. Nach dem Studium werden sie dann zu Offizieren befördert und müssen fünf Jahre in der Armee dienen. Damit kehrt Polen weitgehend zu einem Schema zurück, das bereits während der Zweiten Republik bis 1939 und dann in der kommunistischen Volksrepublik praktiziert wurde. Als besonderer Anreiz zur Absolvierung des freiwilligen Wehrdienstes soll eine bevorzugte Übernahme in den zivilen Staatsdienst nach dem Ende der Dienstzeit dienen. Auf der anderen Seite sollen Berufssoldaten auch nach Ablauf ihrer in der Regel 25-jährigen Dienstzeit in den Streitkräften gehalten werden, um sich ihre Expertise zu sichern; auch hierzu werden finanzielle Anreize geschaffen. Zu einer erhöhten Effizienz und Übersicht soll eine bessere Koordinierung der Personalarbeit durch ein Zentrales Militärisches Rekrutierungszentrum (*Centralne Wojskowe Centrum Rekrutacji*) und dessen regionale Filialen anstelle der bisherigen Wehrrersatzämter (*Wojskowe Komendy Uzupelnienia*) beitragen.

Zur Entlastung des öffentlichen Haushalts hinsichtlich der erhöhten Militärausgaben wird bei der staatlichen Bank für Landeswirtschaft (*Bank Gospodarstwa Krajowego*) ein parlamentarisch kontrollierter »Fonds zur Unterstützung der Streitkräfte« aufgelegt, der unter anderem aus Schatzbriefen und Staatsanleihen gespeist werden soll. Als weitere Geldquelle werden Gewinne aus Verkäufen bzw. Konversionen militärischen Materials oder Liegenschaften für zivile Nutzungen genannt.

Das Gesetz verpflichtet überdies die Regierung, binnen dreier Monate – d. h. bis Ende Juli 2022 – ein Maßnahmenpaket zur »Stärkung der Streitkräfte der Polnischen Republik für die Jahre 2023–2025« ins Parlament einzubringen. Die einzige relevante Kritik an dem neuen Gesetz besteht bislang übrigens in einem Antrag der Linkspartei (*Lewica*) – die wohlgerne dem Gesetz zugestimmt hat – auf seine Ergänzung um Regelungen für die Bestandsaufnahme von Schutzräumen (Bunkern) für die Bevölkerung bzw. deren Bereitstellung und die Organisation von Schulungen. Tatsächlich sind derartige Räume im Moment nur für geschätzt ca. drei Prozent der Bevölkerung vorhanden, da nach dem Ende des Kalten Krieges gesetzliche Pflichten zu ihrer Vorkhaltung aufgehoben wurden (»Friedensdividende«) und bestehende Räume anderen Zwecken zugeführt wurden oder schlicht verfielen.

Einstellungen in der polnischen Öffentlichkeit zur Verteidigungspolitik im Schatten des Krieges in der Ukraine

Gewiss ist es zu früh, um einzuschätzen, ob bzw. in welchem Maße die Novellierung des Gesetzes und damit wichtiger Elemente der nationalen Verteidigungsorganisation die Bereitschaft der Polen zum Dienst in der Armee erhöhen kann. Als förderlich könnten sich neben den genannten direkten Anreizen und differenzierten Karrierepfaden (besonders für Reservisten) auch die Rückorientierung – wie in anderen europäischen NATO-Staaten – von internationalen Missionen auf die Landesverteidigung sowie die russische Bedrohung auswirken. So betrachteten gemäß einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *CBOS* vom März 2022 85 Prozent der Polen Russland als Bedrohung und 65 Prozent hielten sogar den Einsatz russischer Atomwaffen gegen ihr Land für denkbar. Wie schon angedeutet, kann die für viele ihrer politischen Handlungen heftig kritisierte von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – *PiS*) geführte Regierung auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik auf eine praktisch lückenlose Rückendeckung auch durch die Opposition, die liberalen Medien und die Bevölkerung zählen. Wie gegenwärtig im ganzen Westen, so hat Putins Politik in Polen schon länger diese Art von Schulterchluss bzw. – partiellem – Burgfrieden gefördert. Dabei ist es gar nicht allzu lange her, dass die Opposition der als autoritär empfundenen Regierung eine eigene Form der »Putinisierung« des Landes unterstellt hat. Solche Stimmen sind im Augenblick verstummt, da sich die Regierung in ihrer Gegnerschaft zu Russland schwerlich von jemandem übertreffen lässt. Tatsächlich sind Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, der in den ersten Wochen des Krieges praktisch pausenlos in den westlichen Hauptstädten unterwegs war, und seine Minister in dieser

schweren Krise der europäischen Sicherheitsordnung trotz der enormen Anspannung regelrecht aufgeblüht und sehen sich als eine Art Kriegskabinetts in Erfüllung einer geradezu historischen Mission – in dieser überhöhenen Sichtweise ihrem erklärten Feind Putin nicht ganz unähnlich. Die häufige Analogiebildung zum Jahr 1939 ist hier kein Zufall.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Hilfsleistungen Polens für die Ukraine und insbesondere die vielen von Polen aufgenommenen Flüchtlinge sowie sein Beitrag zu den westlichen Abwehrmaßnahmen sind vorbildlich und aller Ehren wert. Aber zugleich spürt man aus den Stellungnahmen der Regierungsvertreter eine kaum verhohlene Genugtuung darüber, dass sich ihre Warnungen vor Putins Revisionismus, die so lange auf die tauben Ohren der (meisten) Westeuropäer gestoßen sind, schlagartig als richtig erwiesen haben. Nicht zuletzt der – zumindest in den offiziellen Ankündigungen – drastische Kurswechsel Deutschlands, des aus polnischer Sicht notorischsten »Putinverstehers«, wird in Warschau als politisch-strategischer Sieg gewertet (freilich ignoriert man dabei, dass sich der deutsche generische Pazifismus und die Hintanstellung des Nationalen sowie der Glaube, sich nicht gegen Russland wenden zu dürfen, vor allem durch die jahrzehntelange wissenschaftlich und öffentlich betriebene Vergangenheitsbewältigung erklärt, die man aber unter anderem auch in Polen und gerade unter seiner gegenwärtigen Rechtsregierung politisch auszunutzen sucht). Angesichts der polnischen Hilfsbereitschaft ist die Ukraine mehr denn je auf diese strategische Beziehung angewiesen, die auch wesentlich für ihren EU-Beitritt sein wird. Dabei wird Polen womöglich eine ähnliche Mentorenrolle für sich anstreben, wie sie bis 2004 Deutschland gegenüber Polen einnahm. Schließlich deutet manches darauf hin, dass Polen durch die Krise in der Hierarchie der westlichen Nationen aufsteigt [vgl. *Polen-Analysen* 290]. Für die USA, auf die es bei der Unterstützung für die Ukraine entscheidend ankommt, ist es durch seine klare antirussische Positionierung, seine rückhaltlos proamerikanische Einstellung, seinen unverblühten Bellizismus und seine aktive Rolle bei der Gestaltung der europäischen bzw. westlichen Sanktionen und militärischen Verstärkungsmaßnahmen im Augenblick neben Großbritannien der wichtigste Partner. Hinzu kommen natürlich seine geographische Lage und Expertise für den postsowjetischen Raum. Inwieweit dieser Effekt den Krieg überdauern wird, bleibt freilich abzuwarten.

Betrachtet man wiederum die Ebene der einfachen Bürger und Wähler – und potenziellen neuen Soldaten –, so zeugte es sichtbar von großem Vertrauen in das Bündnis, aber auch von der empfundenen Nähe zum Geschehen im Nachbarland, dass sich einer drei Tage vor Kriegsbeginn, am 21. Februar, veröffentlichten

Umfrage von *United Surveys* für das Portal *Wirtualna Polska* zufolge 59 Prozent der befragten Bürger im Ernstfall für eine Unterstützung der Ukraine durch NATO-Truppen aussprachen, während sich 31 Prozent skeptisch zeigten. Nur wenige Tage zuvor, in einer Umfrage des Instituts *IBRiS* für *Radio ZET* vom 18./19. Februar, hatten allerdings 63,4 Prozent der Befragten Zweifel an der Verteidigungsbereitschaft der eigenen Armee geäußert; zugleich hatten 43,8 Prozent zur Verbesserung dieses empfundenen Zustands die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht befürwortet, was 52,5 Prozent abgelehnt hatten. Im März 2022 veröffentlichte *CBOS* die Ergebnisse einer zwischen dem 28. Februar und dem 10. März durchgeführten Umfrage mit dem eindeutigen Titel »Wovon hängt die Sicherheit des Landes ab?« (s. Grafiken auf S. 9ff.). Daraus ergab sich, dass die Polen – mit relativ geringen Unterschieden zwischen den Anhängern verschiedener politischer Parteien – als wichtigste Faktoren für die nationale Sicherheit den Besitz einer starken, modernen Armee und die Zugehörigkeit zu einem Militärbündnis, also konkret zur NATO, ansehen. Dabei stieg der Anteil jener Befragten, die diese Positionen »dezidiert« vertraten, gegenüber der letzten analogen Umfrage vom Dezember 2013 deutlich von 39 Prozent bzw. 34 Prozent auf jeweils 71 Prozent an. Ebenfalls als sehr wichtig wurden enge wirtschaftliche und politische Beziehungen bzw. Verflechtungen mit anderen Ländern (59 Prozent, erstmals erhoben) und eine hochentwickelte Wirtschaft (58 Prozent, gegenüber 37 Prozent im Jahr 2013) genannt. Etwas schwächer fielen die Werte für gesellschaftspolitische Faktoren wie eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft, sozialen Zusammenhalt oder das Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Regierung aus (zwischen 35 und 42 Prozent). Allerdings ist anzumerken, dass sich bei all diesen Faktoren bedeutend höhere Werte ergeben (zwischen 70 und 95 Prozent), wenn man die Antworten »dezidiert positiv« und »eher positiv« zusammenzählt. Als negativ, d. h. als potenzielles Risiko für die nationale Sicherheit, wurden hingegen »starke gesellschaftli-

che Konflikte« (81 Prozent »dezidiert« und »eher negativ«) sowie, in geringerem Maße, eine »multikulturelle, ethnisch diverse Gesellschaft« (45 Prozent »dezidiert« und »eher negativ«) eingeschätzt; diesen Punkt bewerteten aber immerhin 20 Prozent der Befragten positiv, während 19 Prozent ihm gar keine Bedeutung beimaßen.

Hinsichtlich der Frage der persönlichen Einsatzbereitschaft der Zivilisten im Verteidigungsfall kann man beispielhaft darauf verweisen, dass in einer am 1./2. April von *IBRiS* für die Tageszeitung *Rzeczpospolita* durchgeführten Umfrage 70,3 Prozent der Befragten die Idee befürworteten, dass alle Bürger zwischen 18 und 55 Jahren eine kurze militärische Schulung durchlaufen sollten. Parallel hierzu fragte *IBRiS* die Probanden auch nach ihrer Meinung zu einer Lockerung des – gesetzlich streng begrenzten – Zugangs zu Schusswaffen. Hier stimmten nur 29 Prozent zu, dagegen sprach sich eine klare Mehrheit von 65 Prozent gegen einen solchen Schritt aus; 50 Prozent fügten hinzu, eine solche Lockerung würde ihr Sicherheitsgefühl verringern (s. Grafiken auf S. 12). Gleichwohl zählt zu den auffälligsten Phänomenen der aktuellen Krise eine nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine sprunghaft gestiegene Nachfrage nach Schießtrainings, aber ebenso nach Zivilschutzübungen oder Erste-Hilfe-Kursen. Wie viele der Interessenten später womöglich in der Armee aktiv werden, kann niemand sagen. Jedenfalls ist die Kriegsfurcht im heutigen Polen Realität. Passend dazu hat das Regierungszentrum für Sicherheit (*Rządowe Centrum Bezpieczeństwa – RCB*), das im Allgemeinen Warnungen vor Naturkatastrophen herausgibt, vor Kurzem eine Broschüre mit dem Titel »Sei bereit!« herausgegeben, welche die Bürger darüber informiert, wie sie sich in einem Krisenfall und speziell im Krieg verhalten sollten. Ergänzend dazu finden sich auf der Website des *RCB* Videoclips, in denen konkrete Bedrohungssituationen wie z. B. Geiselnahmen durchgespielt werden. Wie notwendig dies werden könnte, sehen die Polen allabendlich in den Nachrichten aus der Ukraine.

Über den Autor

Dr. *Jens Boysen*, Historiker, Politologe und Slawist; u. a. Absolvent des College of Europe in Warschau-Natolin; 2010–2016 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts Warschau; seit 2019 Professor für Internationale Beziehungen am Collegium Civitas in Warschau; Interessenschwerpunkte: zivil-militärische Beziehungen, Sicherheitspolitik, Geopolitik Europas, Legitimationsideologien.

Publikation: German 'civility' and Russian 'combativeness' as factors of strategic orientation in the context of international security, in: *Mysł Ekonomiczna i Polityczna* [Warschau] 1(56)/2017, S. 221–240.

DOKUMENTATION

Die Armee marschiert auf dem Bauch

Ein Gespräch mit General Mirosław Rózański*

Marek Rabi: Zunächst etwas, was mir seit mehr als einem Monat keine Ruhe lässt: Was wäre, wenn Russland am 24. Februar nicht die Ukraine, sondern Polen angegriffen hätte?

Gen. Mirosław Rózański: Ich denke, es wäre nicht zu einem Krieg gekommen. Am Abend des 23. Februar hätten wir in Polen nicht 10.000 Soldaten der US-Armee gehabt, sondern 100.000. Und Hunderte NATO-Kampfflugzeuge, Hubschrauber und sicher zusätzliche Patriot-Batterien. Vielleicht hätten sogar amerikanische Zerstörer auf der Ostsee gekreuzt, mit Tomahawk-Raketen, deren Reichweite über die Oblast Kaliningrad hinausgegangen wäre. Panzer wären später gekommen, wenn sich trotz allem gezeigt hätte, dass sie notwendig sind.

Dann hätte es zu spät sein können.

Im Krieg der Gegenwart wird die Überlegenheit im Luftraum gewonnen.

[...]

Ich bin sicher, dass, wenn die Ukraine über eine bessere Luftverteidigung verfügt hätte, Moskau die Operation anders hätte planen müssen. Möglicherweise wäre es zu dem Schluss gekommen, dass es anzufangen nicht wert ist.

Sind 46 polnische F-16-Kampfflugzeuge ein ausreichendes Argument dafür, dass es »anzufangen nicht wert ist«?

Leider nein. In den Zeiten, als ich Oberbefehlshaber in den Polnischen Streitkräften war, hieß es, unser Verteidigungsminimum seien ca. 160 Flugzeuge. Das F-16-Programm sollte fortgesetzt werden, zurzeit herrscht da allerdings Stille. Dafür kaufen wir 32 allermodernste F-35-Mehrzweckkampfflugzeuge.

Das ist doch wahrscheinlich gut.

Ich wäre der erste, der Beifall klatschen würde, wenn wir in Polen schon andere Bedarfe realisiert hätten. Vor allem sollten wir uns um Raketen- und Luftabwehrsysteme kümmern. Die ersten Patriots kommen ja erst noch zu uns, aber diese beiden Batterien sichern gerade mal einen Ausschnitt des polnischen Himmels. Eine moderne und sehr teure Ausrüstung wie die F-35 wird also ständig von Angriffen bedroht sein. Einige russische Iskander-Raketen, die nur einige Millionen US-Dollar kosten, können uns in nur einem Augenblick militärischer Schlüsselressourcen berauben, für die wir Milliarden Dollar ausgegeben haben. Denn Polen hat auch keine modernen Aufklärungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme. Dass man uns angegriffen hat, erfahren wir erst dann, wenn die Raketen explodieren. Vielleicht einige Sekunden vorher.

Ein F-35 ist ein fliegender Computer, fähig, in Echtzeit Daten aus der Kampfzone zu sammeln und sie anderen Einheiten zu übermitteln. Es kann z. B. Panzern Ziele anzeigen, die außerhalb deren Operationshorizont liegen. Aber um alle diese modernen Ausrüstungselemente zu einem Netzwerk zusammenzufassen, ist Einsicht in die operative Situation in Echtzeit notwendig. Wir haben einen Ferrari gekauft, aber ohne Motor. Deshalb wundert mich der Kauf der F-35 bei gleichzeitig fehlender Ankündigung, dass dringendere Bedarfe gedeckt werden.

Fürchten Sie, dass die F-35 zu dem sprichwörtlichen »weißen Elefanten« werden, d. h. zu einem zu wertvollen Bestand, zu schade für den Einsatz und möglicherweise Verlust?

Mich beunruhigt, dass wir die Verstärkung der polnischen Armee ohne einen soliden Plan angehen und in den existierenden Plänen Veränderungen durch Entscheidungen auf Ministerebene vorgenommen werden.

Der Plan ist: Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zielgerichtet für die Verteidigungsfähigkeit und eine 300.000 Mann starke Armee.

Papier ist geduldig. In der Wirklichkeit können wir uns eine so große Armee nicht leisten. Im vergangenen Jahr haben wir 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigungsfähigkeit bestimmt, d. h. mehr als 52 Mrd. Zloty. Ca. 40 Prozent dieser Summe waren Personalkosten, d. h. die Gehälter von ca. 109.000 Berufssoldaten, der knapp 30.000

Angehörigen der Truppen der Territorialverteidigung (*Wojska Obrony Terytorialnej – WOT*), der Zivilbeschäftigten sowie Renten und Altersbezüge. Der Anstieg der Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zusammen mit der Entwicklung unserer Wirtschaft zieht nach sich, dass sich der Verteidigungshaushalt im kommenden Jahr um ca. 40 Mrd. Zloty erhöhen wird. Es ist leicht zu errechnen, dass wir für den Aufbau einer 300.000 Mann starken Armee eigentlich alle zusätzlichen Gelder ausgeben müssten. Also auf den Kauf von modernem Gerät verzichten, das die zusätzlichen Soldaten zu bedienen hätten.

Und in zehn Jahren?

Vernünftiger wäre es, eine 150.000 Mann starke Armee mit supermoderner Ausrüstung zu haben, eine gut geschulte Armee für Aufgaben, die sie zu erfüllen hat, als ein Berufsheer von 250.000 Mann, das eine archaische Bewaffnung hat und nur alle Jubeljahre auf den Truppenübungsplätzen ist. 1939 standen wir, was die Zahlenstärke anging, kaum den deutschen Streitkräften nach. Erlaubte uns das zu siegen? Soldaten ohne moderne Ausrüstung sind Kanonenfutter. Wollen wir das für unsre Kinder? [...]

Wir müssen eine Armee haben, die zwei, drei Wochen lang tatsächlich in der Lage ist, selbständig Angriffe eines Feindes abzuwehren, fähig, Gefahren zu identifizieren und sie noch außerhalb der Landesgrenzen zu neutralisieren.

Und haben wir heute eine solche Armee?

Ich fürchte, nein.

Wie lange wird es dauern, sie entsprechend aufzubauen?

Seit Jahren beschränkt sich die polnische Verteidigungsdoktrin darauf, dass wir in der NATO sind und der Bündnispartner uns verteidigen wird. Wir verhalten uns wie ein Kind, das sich in jedem Streit hinter seinem älteren Bruder versteckt. Neben dem berühmten Artikel 5 enthält der Nordatlantikvertrag aber auch Artikel 3, der sagt, dass sich jedes Mitgliedsland um Maximierung seiner Verteidigungsfähigkeit bemühen soll. Wenn wir uns alle hinter dem Rücken der USA, Großbritanniens und vielleicht noch Frankreichs verstecken, wird die NATO früher oder später zu einer Scheinmacht werden. [...]

In den 1930er Jahren verschlang das Budget der polnischen Armee offiziell knapp sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts, natürlich auf Kosten anderer Lebensbereiche. Das Militär war das Wichtigste.

Inzwischen sollte es eher wie eine Versicherungspolice funktionieren: Für sie wird unnötigerweise Geld ausgegeben bis zu dem Zeitpunkt, wenn sie ganz einfach notwendig ist. Aus dem Krieg in der Ukraine sollten wir Schlussfolgerungen ziehen. Er lehrt uns auch, dass in einem Krieg um die Unabhängigkeit des Landes nicht nur an der Front gekämpft wird. Auch das bestausgestattete Militär muss essen und eine sichere medizinische Versorgung haben.

Lord Wellington [1769–1852, britisch, führende militärische und politische Persönlichkeit, besiegte Napoleons Truppen bei Waterloo, Anm. d. Übers.] pflegte zu sagen, dass »die Armee auf dem Bauch marschiert«, aber dieser Grundsatz betrifft nicht nur das Militär. Während eines Krieges muss auch auf den Straßen im Hinterland Ordnung herrschen. Die Zivilbevölkerung braucht in ihren Häusern Strom und Wasser. An den Tankstellen sollte Benzin nicht fehlen. Parallel zu den Investitionen in Ausrüstung und Schulungen sollten wir also auch realistische Mobilisierungspläne erarbeiten und Krisengruppen für den Kriegsfall organisieren. Jeder von uns sollte wissen, was er im Falle eines bewaffneten Konflikts zu tun hat. Wo er sich zu melden und was er zu machen hat. Sogar Förster sollten auf ihren Karten die Orte markiert haben, wo sie Bäume fällen müssen, um Hindernisse im Gelände zu schaffen.

Allein mit solchen Maßnahmen gewinnt man natürlich keinen Krieg, aber man kann das Chaos der ersten Tage einschränken und unvermeidliche Schäden verringern.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

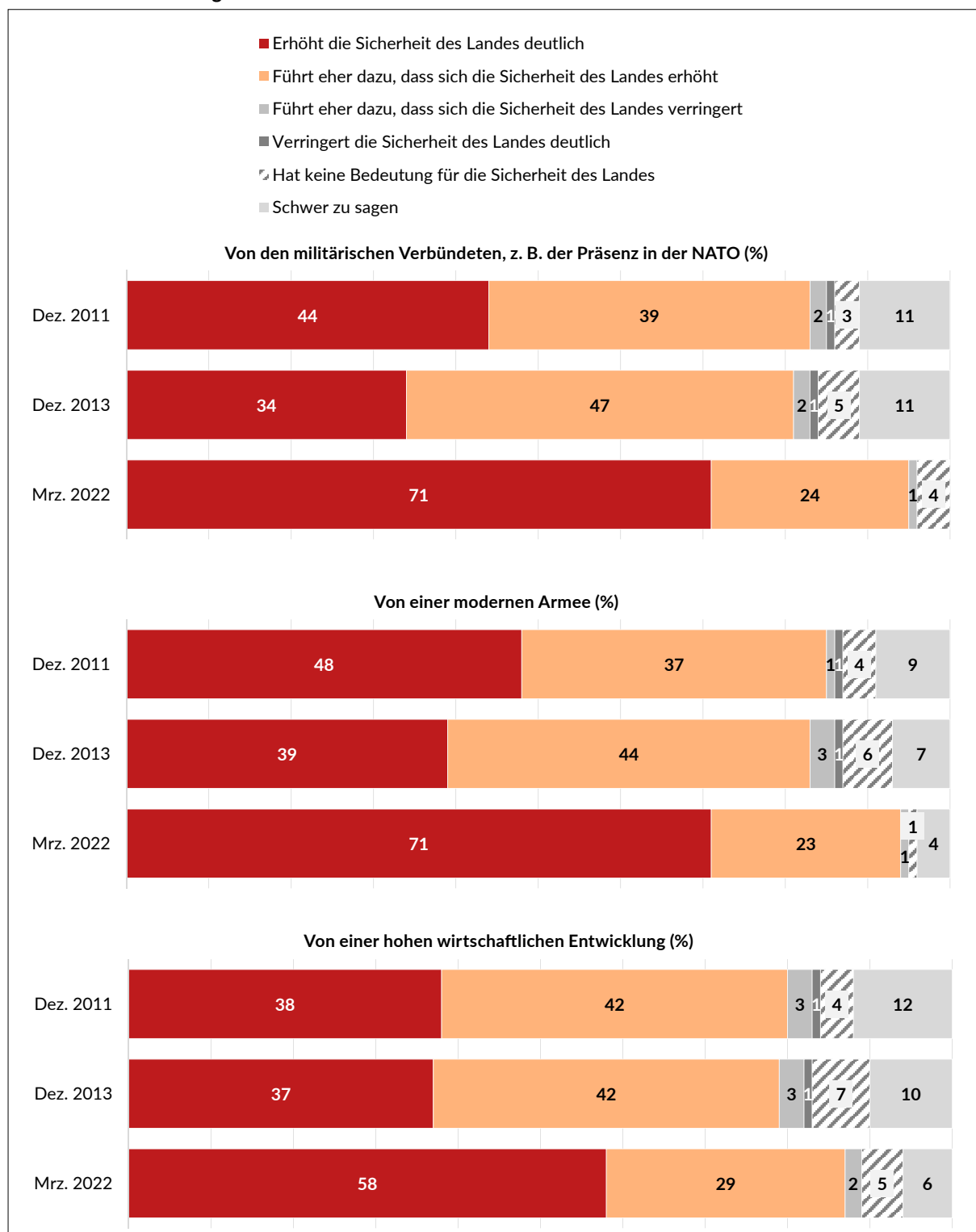
* *Miroslaw Różański* (geb. 1962) ist Waffengeneral der polnischen Streitkräfte und hat in Verteidigungswissenschaften promoviert. 2015–2016 war er Oberbefehlshaber aller Teilstreitkräfte der Republik Polen. Nach Eintritt in den Reservistenstand gründete er die Stiftung für Sicherheit und Entwicklung Stratpoints (*Fundacja Bezpieczeństwa i Rozwoju Stratpoints*). Er ist außerdem Berater der politischen Gruppierung Polen 2050 (*Polska 2050*).

Quelle: Armia maszeruje na brzuchu. In: Tygodnik Powszechny Nr. 15 (10.04.2022). S. 12–17; mit freundlicher Genehmigung.

UMFRAGEN

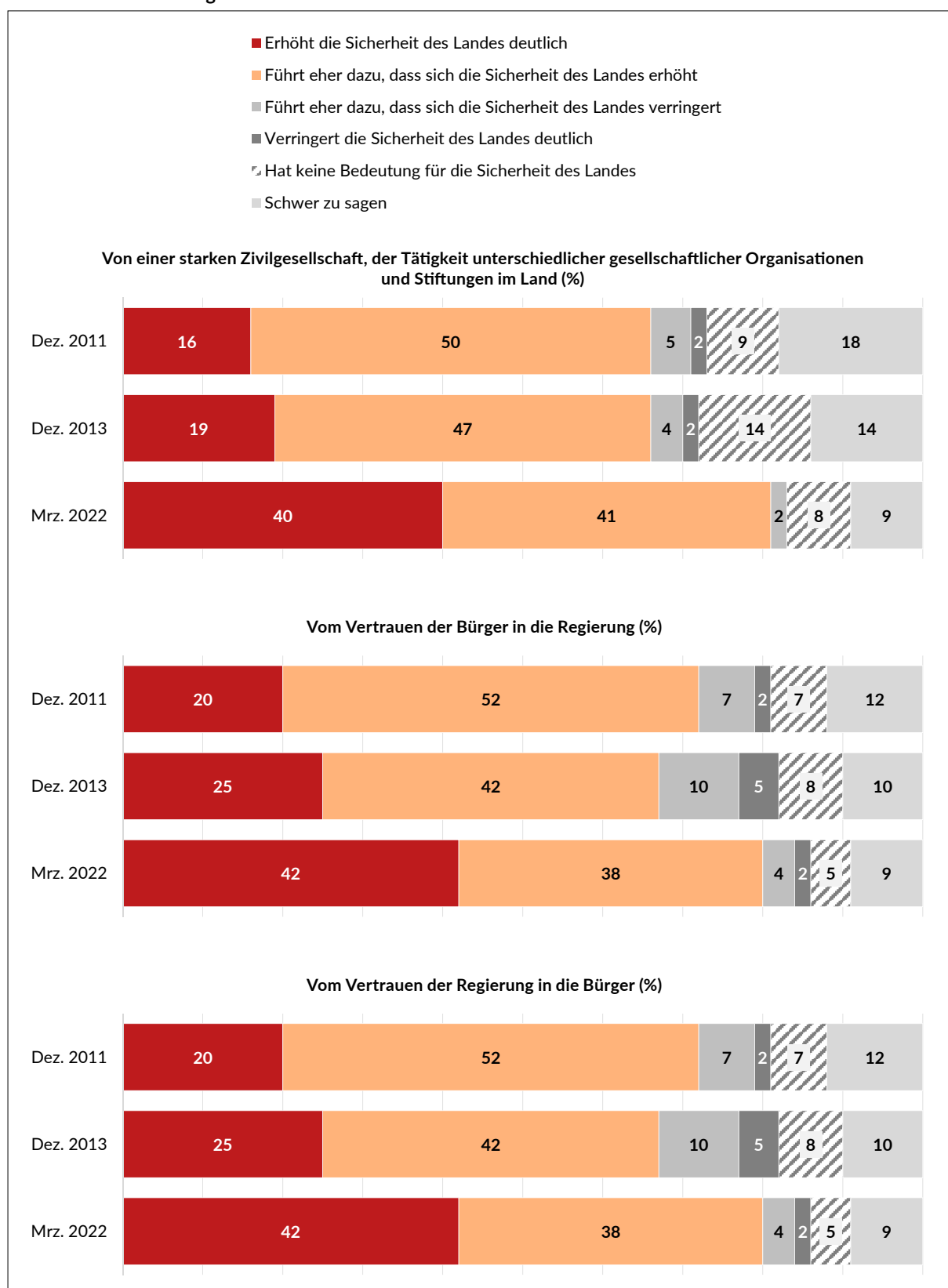
Umfragen zur Sicherheit und Verteidigung des Landes

Grafik 1a: Wovon hängt die Sicherheit des Landes ab?



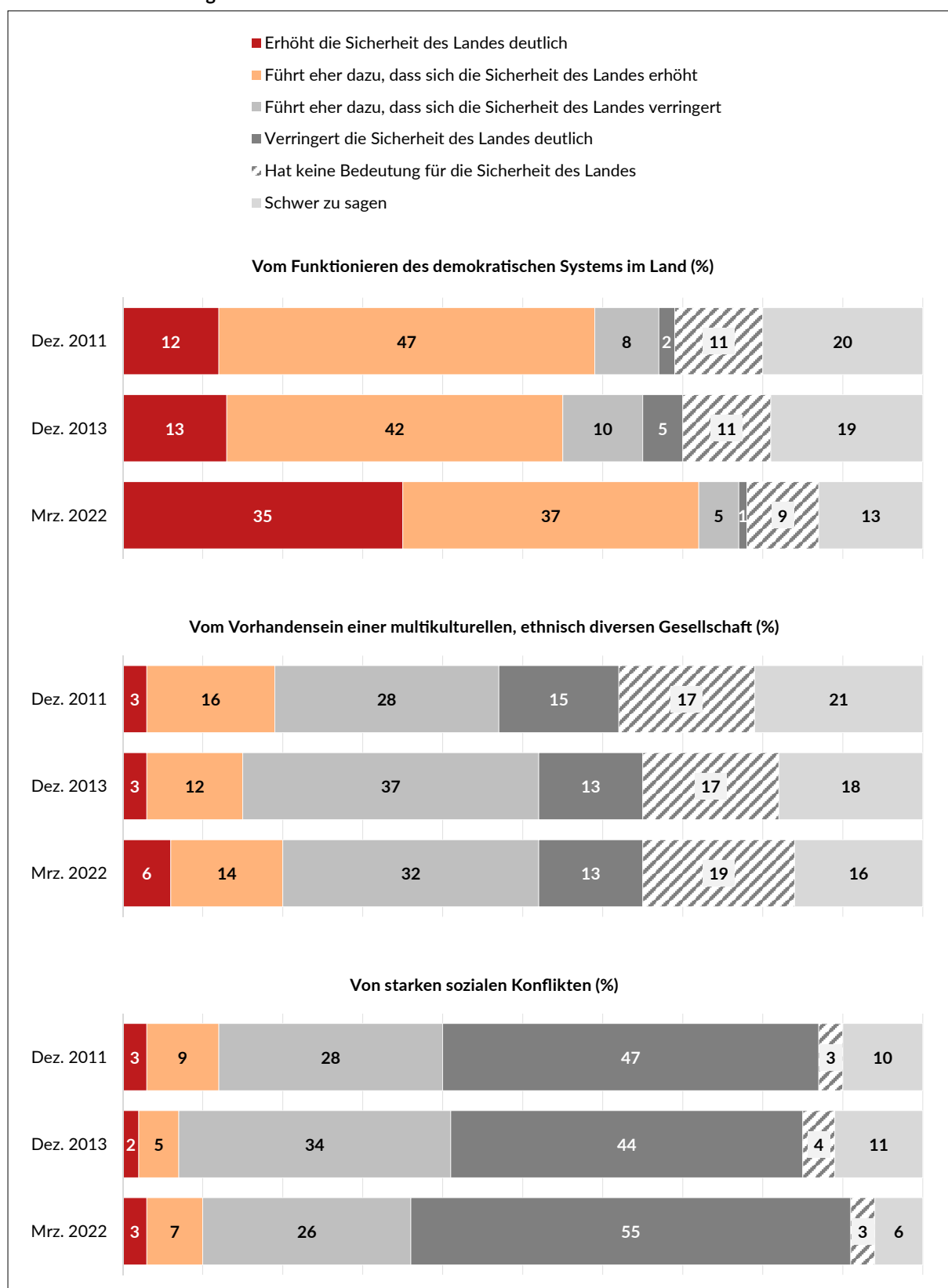
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 48/2022: Od czego zależy bezpieczeństwo kraju? [Wovon hängt die Sicherheit des Landes ab?] Warszawa 03/2022. www.cbos.pl

Grafik 1b: Wovon hängt die Sicherheit des Landes ab?



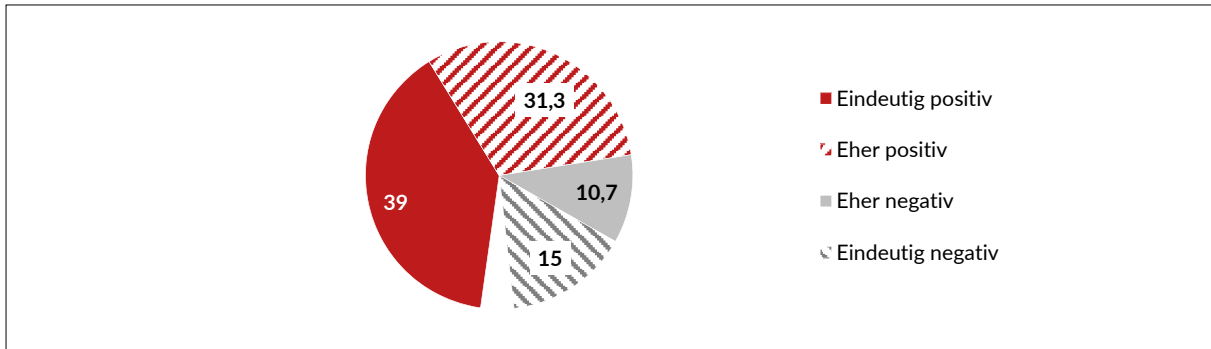
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 48/2022: Od czego zależy bezpieczeństwo kraju? [Wovon hängt die Sicherheit des Landes ab?] Warszawa 03/2022. www.cbos.pl

Grafik 1c: Wovon hängt die Sicherheit des Landes ab?



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 48/2022: Od czego zależy bezpieczeństwo kraju? [Wovon hängt die Sicherheit des Landes ab?] Warszawa 03/2022. www.cbos.pl

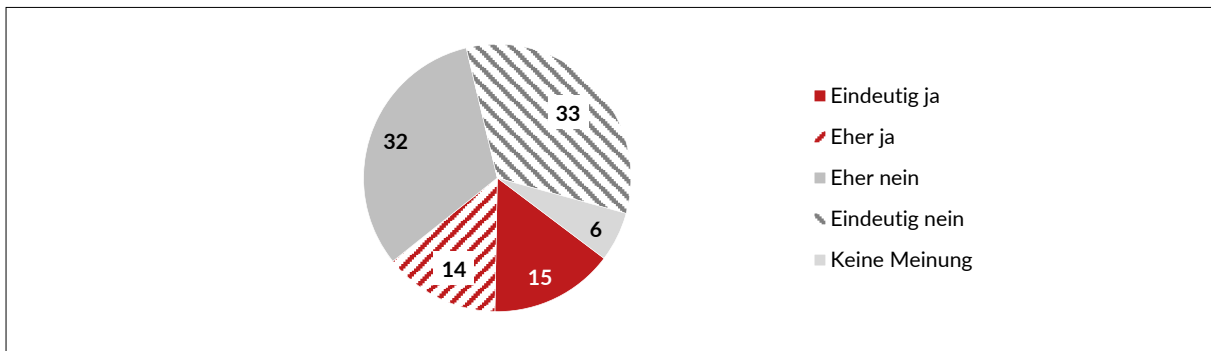
Grafik 2: Wie bewerten Sie die Idee, dass jeder Bürger im Alter von 18 bis 55 Jahren verpflichtend an einer 16-tägigen Militärschulung teilnehmen soll, um schießen zu lernen und grundlegende Verteidigungsregeln und Verhaltensweisen in einer Bedrohungslage kennenzulernen? (%)



Umfrage von IBRiS für Reczpospolita; 01.-02.04.2022; 1.000 Personen.

Quelle (zitiert nach): <https://wiadomosci.radiozet.pl/Polska/Sondaz-IBRiS-dla-Rz-Wiekszosoc-Polakow-jest-gotowa-przejsc-kurs-wojskowy> (abgerufen am 11.05.2022).

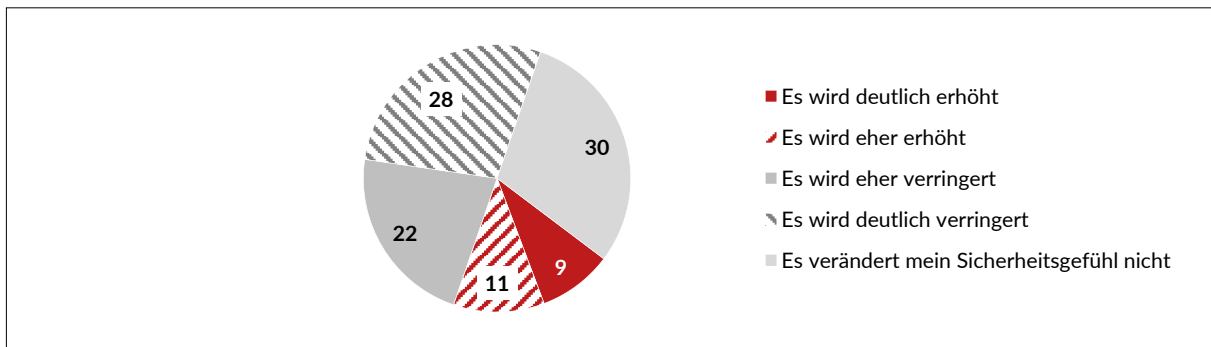
Grafik 3: Unterstützt du die Idee, den Zugang zu Schusswaffen in Polen zu erleichtern? (%)



Umfrage von IBRiS für Radio Zet; 01.-02.04.2022; 1.100 Personen.

Quelle: <https://wiadomosci.radiozet.pl/Polska/Co-trzeci-Polak-chce-ulatwienia-dostepu-do-broni-palnej.-Sondaz-IBRiS-dla-Radia-ZET> (abgerufen am 11.05.2022).

Grafik 4: Inwieweit beeinflusst ein erleichterter Zugang zu Schusswaffen in Polen dein Sicherheitsgefühl? (%)



Umfrage von IBRiS für Radio Zet; 01.-02.04.2022; 1.100 Personen.

Quelle: <https://wiadomosci.radiozet.pl/Polska/Co-trzeci-Polak-chce-ulatwienia-dostepu-do-broni-palnej.-Sondaz-IBRiS-dla-Radia-ZET> (abgerufen am 11.05.2022).

CHRONIK

10. – 16. Mai 2022

10.05.2022	Vizeaußenminister Piotr Wawrzyk nimmt in einem Interview mit TVP Info Stellung zum Vorfall am Vortag, als der Botschafter der Russischen Föderation, Sergej Andrejew, im Vorfeld einer Kranzniederlegung auf einem russischen Soldatenfriedhof in Warschau anlässlich des russischen Nationalfeiertags »Tag des Sieges« (1945) von Demonstranten mit Farbe begossen wurde. Sie protestierten damit gegen den laufenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wawrzyk sagt, das Außenministerium habe noch am selben Tag sein Bedauern über den Vorfall ausgedrückt, womit die Angelegenheit beendet sein sollte. Zudem habe das Außenministerium dem Botschafter mit Blick auf mögliche Proteste von der Gedenkfeier abgeraten. Da der Personenschutz des Botschafters nicht eingegriffen habe, stelle sich die Frage, ob der Vorfall dem Botschafter nicht zupassgekommen sei, so Wawrzyk.
11.05.2022	Die Sprecherin der Europäischen Kommission Veerle Nuyts sagt der Polnischen Presseagentur (Polska Agencja Prasowa – PAP), dass der Polnische Landesaufbauplan (Krajowy Plan Odbudowy – KPO) mit der Verpflichtung zur Auflösung der Disziplinarkammer beim Obersten Gericht (Sąd Najwyższy), der Reform des Disziplinarsystems und der Wiedereinstellung von nicht rechtmäßig entlassenen Richtern einhergehen müsse. Im Rahmen des KPO hat Polen 35,4 Mrd. Euro beantragt. Bei der Zuteilung der EU-Mittel für den KPO greift der Rechtsstaatsmechanismus, der im Falle Polens zur Folge hat, dass die Gelder aktuell eingefroren sind. Für die bisher nicht stattgefundene Auflösung der Disziplinarkammer hat der Europäische Gerichtshof in einem Urteil vom Oktober 2021 Polen mit Strafzahlungen von 1 Mio. Euro täglich belegt.
12.05.2022	Der Sejm wählt mit 233 Ja-Stimmen und 224 Nein-Stimmen die vom Justizausschuss vorgelegte Liste von 15 Richtern für den Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS). Acht von ihnen wurden vom Sejmpräsidium vorgeschlagen, sieben sind Kandidaten der Fraktion des Regierungslagers, Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Die übrigen Fraktionen haben keine Vorschläge gemacht. Rechtswissenschaftler, Vertreter der Opposition und die Institutionen der Europäischen Union kritisieren an dem Wahlverfahren die mangelnde Unabhängigkeit des KRS von der Legislative und Exekutive. Das Verfahren wurde zum ersten Mal im März 2018 angewendet. Vorher war der KRS von Richtern gewählt worden.
12.05.2022	Vor dem Hintergrund der hohen Inflationsrate infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine verabschiedet der Sejm im Rahmen des »Anti-Putin-Schildes« eine Gesetzesnovelle zur Einkommensteuer, die von 17 % auf 12 % verringert wird. Sie soll ab dem 1. Juli 2022 gelten.
13.05.2022	Waldemar Buda, Minister für Entwicklung und Technologie, teilt mit, dass eine Einigung mit der Europäischen Kommission über die Bedingungen für die Freigabe der Gelder für den Landesaufbauplan (Krajowy Plan Odbudowy – KPO) erzielt worden sei. Polen werde die Disziplinarkammer beim Obersten Gericht (Sąd Najwyższy) auflösen und habe Änderungen im Disziplinarsystem zugesagt. Letztere sollen bis Ende des zweiten Quartals 2022 umgesetzt werden. Grundlage für die bisherige Einfrierung der EU-Mittel ist die Anwendung des EU-Rechtsstaatsmechanismus.
14.05.2022	Stanisław Żaryn, Pressesprecher des Koordinators für die Geheimdienste, teilt im Nachrichtendienst Twitter mit, dass Russland Falschmeldungen über Polen verbreite. Seit einigen Tagen werde suggeriert, dass das zurzeit in Polen regulär stattfindende internationale Militärmanöver Defender – Europe 2022 dazu dienen solle, eine Eskalation an der polnisch-ukrainischen Grenze herbeizuführen und Polen die Westukraine annektieren wolle. An dem von den USA organisierten Manöver nehmen auch Streitkräfte aus Deutschland, Frankreich, Schweden, Dänemark und Großbritannien teil.
15.05.2022	Vizeaußenminister Marcin Przydacz nimmt am zweitägigen informellen NATO-Außenministertreffen in Berlin teil. Vor dem Hintergrund des laufenden russischen Angriffskrieges in der Ukraine spricht er sich für mehr langfristige NATO-Truppenpräsenz insbesondere in Polen aus.
16.05.2022	Auf Anordnung des Gesundheitsministeriums gilt ab heute in Polen die »epidemische Gefährdungslage«, welche die am 20. März 2020 verhängte »epidemische Lage« ablöst. Gründe dafür sind die verminderte Verbreitung von COVID-19 und weniger COVID-Patienten in den Krankenhäusern.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>